

## 8. Materialien für die Arbeitsgruppen

### Arbeitsgruppe 1: Menschen auf der Flucht

#### Fragestellungen:

- Wo liegen die Ursachen für Flucht, Vertreibung, Umsiedlung und Deportation nach dem 1. Weltkrieg?
- Welche Zwangsumsiedlungen fanden bis zum Ende des 2. Weltkriegs statt?
- Aus welchen Regionen mussten die Menschen gegen Ende des Zweiten Weltkriegs fliehen?
- Auf welche Weise erfolgte die Flucht?
- Wovon waren die Menschen während der Flucht bedroht?

#### M 1: Menschen auf der Flucht

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war in ganz Europa die Idee verbreitet, Probleme mit Minderheiten im eigenen Land ließen sich wirkungsvoll durch Umsiedlung oder Bevölkerungsaustausch lösen. Es wurde davon ausgegangen, dass innergesellschaftliche Konflikte und auch Kriege durch den geregelten Transfer von unerwünschten Bevölkerungsgruppen in ihr "Mutterland" vermieden werden könnten.

Nachdem die Idee des Nationalstaates mit einem ethnisch möglichst einheitlichen Staatsvolk und einer Sprache im 19. Jahrhundert immer stärker die politische Theorie bestimmt hatte, setzte sie sich um 1900 und besonders nach dem Ersten Weltkrieg (1914–1918) auch in der politischen Praxis durch – vor allem in den Gebieten der ehemaligen Vielvölkerstaaten Österreich – Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Türkei.

#### Zeitlicher Überblick

**1914–1918:** Erster Weltkrieg: Flucht der Zivilbevölkerung aus dem Kriegsgebiet in Belgien und Ostpreußen.

**Ab 1915:** Massentötungen, Deportationen und Flucht von Armeniern.

**Ab 1917:** Ca. 1,4 Millionen Menschen fliehen vor den Auswirkungen der russischen Revolution nach Westeuropa.

**1919/1920:** Friedensverhandlungen mit den im Ersten Weltkrieg unterlegenen „Mittelmächten“ Deutschland, Österreich-Ungarn und Türkei, Ergebnis sind die „Pariser Vorortverträge“: Trotz der Auflösung des habsburgisch-ungarischen und des osmanischen Vielvölkerstaates können die Nationalitätenkonflikte nicht befriedigend gelöst werden.

Die territorialen Veränderungen führen häufig zu Fluchtbewegungen und Zwangsumsiedlungen von Bevölkerungsgruppen, die teilweise seit Jahrhunderten in einem Gebiet lebten und jetzt zur unerwünschten Minderheit werden:

200 000 Deutsche verlassen Elsass - Lothringen, Eupen – Malmedy und das Saargebiet, nochmals die gleiche Anzahl die baltischen sowie früheren russischen und österreichischen Länder.

Die Tschechoslowakei entsteht als neue Republik. Sie umfasst Böhmen und Mähren (über 3 Millionen Deutsche), den Nordteil Ungarns (750 000 Ungarn) und das ungarische Karpatenland (462 000 Ukrainer).

Polen wird wieder gegründet und erhält Gebiete mit starken deutschen und russischen Bevölkerungsanteilen.

Südsteiermark, Südkärnten, Serbien, Kroatien, Slowenien und zwei ungarische Bezirke werden zum Königreich Jugoslawien vereinigt. Rumänien erhält Siebenbürgen, das Banat, Bessarabien und Silistria.

In der Folge fliehen 200 000 Ungarn aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei oder werden von dort vertrieben, weitere 200 000 aus Rumänien.

200 000 Türken aus Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien werden zur Auswanderung gezwungen.

Die Türkei tritt unter anderem Thrakien und alle Inseln an Griechenland ab. Armenien und Kurdistan werden autonom.

**1921:** Angesichts der Notlage der ca. drei Millionen Flüchtlinge nach dem Ersten Weltkrieg setzt der neugegründete Völkerbund einen „Hohen Kommissar für die Angelegenheiten der Flüchtlinge“ ein. Unter der Leitung des norwegischen Polarforschers Fridtjof Nansen wird in den folgenden Jahren ein Flüchtlingshilfswerk aufgebaut.

Griechenland beginnt einen Krieg gegen die Türkei, den die Türkei für sich entscheiden kann. In Kleinasien lebende Griechen und Armenier werden vertrieben.

**1924:** Der griechisch-türkische Konflikt wird im Vertrag von Lausanne mit der Zwangsumsiedlung der jeweils anderen Bevölkerungsgruppe beigelegt: 600 000 Türken müssen Griechenland verlassen, 1,2 Millionen Griechen die Türkei.

**Ab 1933:** Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und den einsetzenden Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen beginnt eine Emigrationsbewegung von Regimegegnern und Juden aus Deutschland.

**Nach 1933** konnten ca.360 000 Juden sowie ca.40 000 Gegner des Nationalsozialismus Deutschland noch verlassen, um Verfolgung, Inhaftierung und Konzentrationslagern zu entgehen.

Darunter befanden sich viele bekannte Schriftsteller, die sich in der Folgezeit mit der Erfahrung der Emigration auseinandersetzen.

**1936:** Nach dem Sieg der rechtsgerichteten Truppen Francos fliehen 210 000 Antifaschisten aus Spanien.

**1936:** Der erneute Start zu Umsiedlung und Zwangsmigration beginnt mit einer Rede Adolf Hitlers am 6. Oktober 1936. Darin werden nationalsozialistische Umsiedlungspläne für deutsche Minderheiten im östlichen Europa angekündigt. Hitler nennt die Minderheiten „nichthaltbare Splitter des deutschen Volkstums“ und erklärt, dass es „zu den Aufgaben einer weit-schauenden Ordnung des europäischen Lebens“ gehöre, Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.

Bei der Umsetzung dieser Ankündigung wurde rasch klar, dass diese Umsiedlungen zum „Aufbau der neuen Ostgebiete zu einem deutschen Kulturraum“, wie damals die versuchte Germanisierung besetzter Gebiete genannt wurde, beitragen sollten.

**Bis zur Kriegswende 1943** wurden mehr als eine Million Deutsche durch die NS-Behörden als ‚Umsiedler‘ in allerlei ihnen fremden Gebieten des östlichen Europa zerstreut. Als sich die Wehrmacht in Folge ihrer Niederlagen zurückziehen begann, verloren weitere Millionen Deutsche im östlichen Europa einschließlich der in den östlichen Provinzen des Großdeutschen Reiches bis dahin beheimateten Deutschen ihre Heimat: Diesmal nannten es die NS-Behörden ‚Evakuierungen‘ und bezeichneten die Betroffenen als ‚Rückgeführte‘ oder als ‚Flüchtlinge‘.

Die Betroffenen wurden mit Zügen oder in großen Trecks auf den Straßen in westlich gelegene Teile des Großdeutschen Reiches geleitet. Manche von ihnen flüchteten freiwillig, andere wurden von den NS-Behörden zwangsevakuert.

Teilweise wurden ganze Dörfer und Städte geräumt, so dass in den letzten Kriegswochen wohl über zehn Millionen Deutsche unterwegs waren.

Die Kriegshandlungen, das Elend der Obdachlosigkeit, Hunger sowie Krankheiten führten vielfach dazu, dass namentlich die Schwächsten der Evakuierten, Frauen, Kinder und alte Menschen ihr Leben verloren.

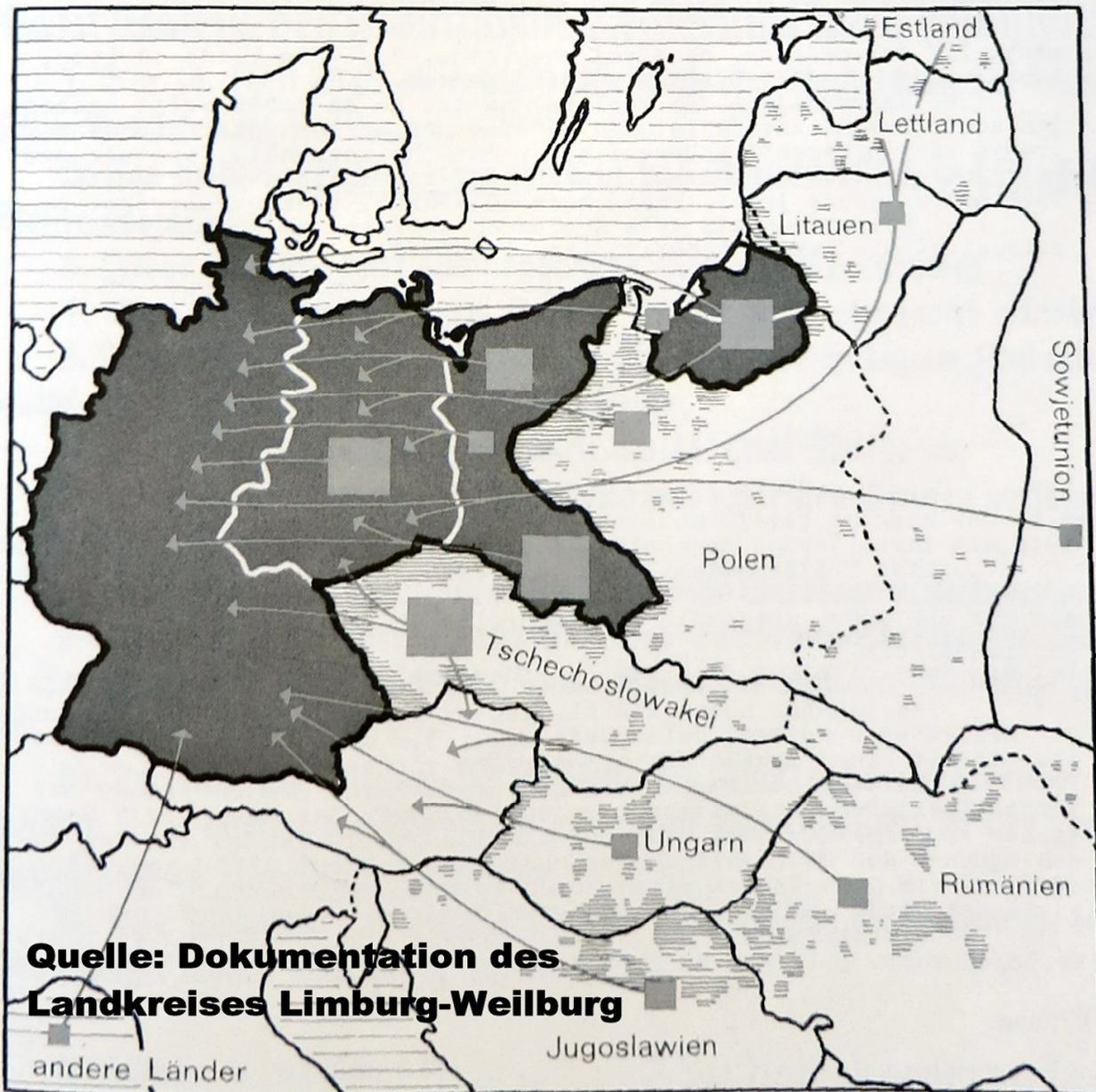
Am Kriegsende befanden sich manche der Evakuierten, unter ihnen auch die zuvor Umgesiedelten sowie die erst im Folge der deutschen Kriegs- und Besatzungspolitik ins östliche Europa Zugewanderten, im heutigen Deutschland, andere in Österreich und in der Tschechoslowakei, von wo sie nach und nach meist weiter nach Deutschland transportiert wurden.

Die aus der besetzten Sowjetunion evakuierten Deutschen wurden von den sowjetischen Behörden zwangsweise repatriert, und kleinere Gruppen der aus Südosteuropa zuvor umgesiedelten oder evakuierten Deutschen kehrten nach dem Kriegsende in ihre Heimat zurück. Die Rückkehrer fanden nirgendwo jedoch ihre alte Heimat so vor, wie sie sie verlassen hatten, und viele von ihnen übersiedelten früher oder später meist in die alte Bundesrepublik.

**Im April 1945** hielten sich in den vollständig von der Roten Armee eroberten Gebieten noch über vier Millionen Deutsche auf. In den folgenden Monaten kehrten über 1 Million Flüchtlinge zurück, häufig, weil die Rote Armee die Trecks überholt hatte.

Mit der Absperrung der Oder–Neiße–Linie durch sowjetische und polnische Truppen Ende Juni/Anfang Juli 1945 brach diese Rückwanderungsbewegung weitgehend ab.

Die Zeit kurz nach Kriegsende kennzeichnen gewaltsame Übergriffe, Deportationen zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion sowie sog. „wilde“ Vertreibungen entlang der neuen polnischen Westgrenze an Oder und Neiße und von Sudetendeutschen aus der restituierten Tschechoslowakei.



Karte aus: *Tatsachen zum Problem der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge*  
 Hrsg: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn, 1967

Es waren keine politischen Alleingänge, vielmehr hatten die Alliierten Großbritannien, Sowjetunion und USA auf den Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta Anfang 1945 die Umsiedlung der Deutschen beschlossen. So sollten Minderheitenkonflikte und die politische Instrumentalisierung deutscher Minderheiten verhindert werden.

**21.11.1945:** Angesichts anhaltender Flüchtlingsströme entwickelt der Alliierte Kontrollrat als höchste Regierungsinstanz für Deutschland einen Plan zur ordnungsgemäßen Umsiedlung. Nach Schätzungen haben 4 bis 5 Millionen Deutsche Polen und die Tschechoslowakei bereits verlassen, 6,75 Millionen sollen im folgenden Jahr nach Deutschland umgesiedelt werden.

**Im Januar 1946** begann die organisierte Ausweisung von Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Südosteuropa.

Trotz des Bemühens um einen geregelten Ablauf führten Massentransporte mit oft katastrophalen Versorgungsbedingungen, brutaler Bewachung und Plünderungen zu zahlreichen Todesopfern.

Dabei sind die tatsächlichen Opferzahlen bis heute Gegenstand der Diskussion und werden sich wohl nie genau ermitteln lassen.

Die Bewältigung der Flüchtlingsströme stellt die vier Besatzungszonen vor erhebliche Probleme bei Unterbringung und Ernährung.

**1947-1949:** Entsprechend dem im Herbst 1945 erstellten Plan des Alliierten Kontrollrates wurden im Jahre 1946 und zum geringen Teil zwischen 1947 und 1949 unter der administrativen Kontrolle der alliierten Regierungen Zwangsumsiedlungen von rund 4,8 Millionen Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn durchgeführt. Sie wurden in überwachten Transporten größtenteils in die amerikanische, britische oder in die sowjetische Besatzungszone gebracht, wo sie nach und nach mit der Unterstützung der Besatzungsmächte sowie der entstehenden deutschen Behörden ihre neue Heimat suchen und aufbauen konnten. Auch diese Deutschen mussten ihre gesamte Habe zurücklassen und mittellos einen Neuanfang in einer ihnen weitgehend fremden Welt suchen.

## **Arbeitsgruppe 2: Verlust der Heimat**

### **Fragestellungen:**

- Was waren die Gründe dafür, dass die deutschstämmige Bevölkerung zu Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurde?
- Aus welchen Regionen erfolgten die Vertreibungen?
- Was geschah während der Vertreibungen?
- Wie erlebten die betroffenen Menschen die Vertreibungen?

### **M 2: Verlust der Heimat**

Das Jahr 2015 - 70 Jahre nach der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft - ist auch ein Jahr des Rückblicks an die Zeit als 12 bis 14 Millionen Deutsche ihre angestammte Heimat verlassen mussten und ins Gebiet der heutigen Bundesrepublik vertrieben wurden.

**1936:** Am 6. Oktober 1936 kündigt Adolf Hitler in einer Rede nationalsozialistische Umsiedlungspläne für deutsche Minderheiten im östlichen Europa an. Hitler nennt die Minderheiten „nichthaltbare Splitter des deutschen Volkstums“ und erklärt, dass es „zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens“ gehöre, Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.

Bei der Umsetzung dieser Ankündigung wurde rasch klar, dass diese Umsiedlungen zum „Aufbau der neuen Ostgebiete zu einem deutschen Kulturraum“, wie damals die versuchte Germanisierung besetzter Gebiete genannt wurde, beitragen sollten.

**Angesichts dieses Geschehens und unter dem Eindruck, wie das NS-Regime die deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei und in Polen 1938/39 auf dem Weg zur Entfesselung des Krieges instrumentalisiert hatte, begannen in der freien internationalen Öffentlichkeit einschließlich regierungsnaher Kreise Großbritanniens schon im Winter 1939/40 Diskussionen über eventuelle Nachkriegsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung aus den im Osten an Deutschland angrenzenden Ländern.**

**17.7.–2.8.1945:** Potsdamer Konferenz der Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetunion über die Politik nach der Kapitulation Deutschlands. Polen erhält die Verwaltung über die Gebiete bis zur Oder–Neiße-Linie, die Sowjetunion die Verwaltung von Königsberg und Ostpreußen.

Briten und Amerikaner stimmen einem „Bevölkerungstransfer“ von Deutschen aus Ost- und Südosteuropa zu. Vor und nach dem Potsdamer Abkommen kommt es zu Bevölkerungsschiebungen ungeahnten Ausmaßes.

Glaubten die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg noch an die friedensstiftende Idee der Entmischung und schlossen damit eine Rückkehr der Deutschen in ihre Herkunftsgebiete strikt aus, so griff die internationale Staatengemeinschaft Ende der 1990er Jahre erstmals zum Mittel des Krieges, um „ethnische Säuberungen“ auf dem Balkan möglichst zu verhindern.

**Ab Januar 1945:** Großoffensive der Roten Armee – Ostpreußen wird vom Reich abgeschnitten – Beginn der Evakuierung von Teilen der deutschen Zivilbevölkerung über die Ostsee

**30.1.1945:** Versenkung der mit Flüchtlingen überfüllten „Wilhelm Gustloff“ durch ein sowjetisches U-Boot - mit dem Vorrücken der russischen Front Richtung Berlin werden auch Westpreußen, Pommern und Ostbrandenburg von der Fluchtwelle ergriffen.

**21.11.1945:** Angesichts anhaltender Flüchtlingsströme entwickelt der Alliierte Kontrollrat als höchste Regierungsinstanz für Deutschland einen Plan zur ordnungsgemäßen Umsiedlung. Nach Schätzungen haben 4 bis 5 Millionen Deutsche Polen und die Tschechoslowakei bereits verlassen, 6,75 Millionen sollen im folgenden Jahr nach Deutschland umgesiedelt werden.

**Im Januar 1946** begann die organisierte Ausweisung von Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Südosteuropa.

Trotz des Bemühens um einen geregelten Ablauf führten Massentransporte mit oft katastrophalen Versorgungsbedingungen, brutaler Bewachung und Plünderungen zu zahlreichen Todesopfern.

Dabei sind die tatsächlichen Opferzahlen bis heute Gegenstand der Diskussion und werden sich wohl nie genau ermitteln lassen.

Die Bewältigung der Flüchtlingsströme stellt die vier Besatzungszonen vor erhebliche Probleme bei Unterbringung und Ernährung.

**1947-1949:** Entsprechend dem im Herbst 1945 erstellten Plan des Alliierten Kontrollrates wurden im Jahre 1946 und zum geringen Teil zwischen 1947 und 1949 unter der administrativen Kontrolle der alliierten Regierungen Zwangsumsiedlungen von rund 4,8 Millionen Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn durchgeführt. Sie wurden in überwachten Transporten größtenteils in die amerikanische, britische oder in die sowjetische Besatzungszone gebracht, wo sie nach und nach mit der Unterstützung der Besatzungsmächte sowie der entstehenden deutschen Behörden ihre neue Heimat suchen und aufbauen konnten. Auch diese Deutschen mussten ihre gesamte Habe zurücklassen und mittellos einen Neuanfang in einer ihnen weitgehend fremden Welt suchen.

Die Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten und Deutscher aus Mittel- und Osteuropa vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von 1945 bis 1950 umfasst die

Vertreibung und die erzwungene Auswanderung großer Teile der dort ansässigen deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen. Sie betraf 12 bis 14 Millionen Deutsche in den Ostgebieten des Deutschen Reiches und deutschsprachige Bewohner aus Mittel-, Südost- und Osteuropa.

Die Vertreibung wurde als Folge des 2. Weltkrieges, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Kriegsverbrechen in Ostmitteleuropa und Südosteuropa während der Zeit des Nationalsozialismus begründet.

Forderungen nach national homogenen Staatswesen durch Zwangsaussiedlung der Deutschen bestimmten aber bereits vorher die Geschichte des Verhältnisses der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft mit der deutschen Minderheit.

Tatsächlich forderten seit 1939 nicht nur die polnischen Kommunisten erhebliche deutsche Gebiete ohne ihre angestammte Bevölkerung, sondern auch die polnischen und die tschechoslowakischen Exilregierungen in London forderten (ab 1941) die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus den deutschsprachigen Gebieten und auch aus dem übrigen Staatsgebiet. Das Ziel war, sich möglichst vieler Konflikte der Vorkriegszeit, die auf dem multinationalen Charakter dieser Staaten als Vielvölkerstaaten beruhten, zu entledigen.

Der größte Teil des privaten Eigentums der Ost- und Sudetendeutschen wurde entschädigungslos konfisziert, auch das öffentliche und kirchliche deutsche Eigentum in diesen Gebieten wurde enteignet.

Die Besatzungszonen in Deutschland standen durch die Flüchtlingsströme vor einer unlösbar scheinenden Herausforderung.

Durch die Bevölkerungsverschiebungen verdoppelten einige Länder in den Besatzungszonen Westdeutschlands und Mitteldeutschlands ihre Einwohnerzahl.

Es kam weder im Westen noch im Osten Deutschlands sofort zu einer reibungslosen und harmonischen Integration der Flüchtlinge. Für die furchtbaren Erlebnisse der Flüchtlinge wie Misshandlungen und Vergewaltigungen interessierten sich nur wenige. Die Probleme der Integration waren in beiden Teilen Deutschlands zunächst kein Thema. Erst zum Beginn der 80iger Jahre konnte von einer gelungenen Integration gesprochen werden.

### Arbeitsgruppe 3: Potsdamer Konferenz

#### Fragestellungen:

- Wer nahm an der Konferenz von Potsdam teil?
- Was waren die Ziele der Konferenz von Potsdam?
- Welche Verschiebungen von Ländergrenzen wurden bei der Konferenz von Potsdam beschlossen?
- Was wurde im Potsdamer Abkommen in Bezug auf die „Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ festgelegt?

#### M 3: Potsdamer Konferenz

**17.7.–2.8.1945:** Potsdamer Konferenz der Siegermächte USA, Großbritannien und Sowjetunion über die Politik nach der Kapitulation Deutschlands.

Polen erhält die Verwaltung über die Gebiete bis zur Oder–Neiße Linie, die Sowjetunion die Verwaltung von Königsberg und Ostpreußen.

**21.11.1945:** Angesichts anhaltender Flüchtlingsströme entwickelt der Alliierte Kontrollrat als höchste Regierungsinstanz für Deutschland einen Plan zur ordnungsgemäßen Umsiedlung.

Nach Schätzungen haben 4 bis 5 Millionen Deutsche Polen und die Tschechoslowakei bereits verlassen, 6,75 Millionen sollen im folgenden Jahr nach Deutschland umgesiedelt werden.

### **Aus dem Potsdamer Protokollen:**

#### **XIII. Geregelt Überführung der deutschen Bevölkerung**

Die drei Regierungen haben die Fragen unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Teile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die die Besatzungsbehörden bereits jetzt zu tragen haben, sind die drei Regierungen der Meinung, dass der alliierte Kontrollrat in Deutschland das Problem in Hinblick auf die Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen sollte.

Die Vertreter der drei Regierungen im Kontrollrat sind daher angewiesen, sobald wie möglich über das Ausmaß zu berichten, in dem solche Personen schon jetzt aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland eingeströmt sind.[...]

Die tschechoslowakische Regierung, die Provisorische Polnische Regierung und der Kontrollrat in Ungarn werden zur selben Zeit von obigem in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, weitere Ausweisungen hintanzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter beim Kontrollrat prüfen können. (Geschichte in Quellen, S. 78–79)

#### **Die Situation in Polen und der Tschechoslowakei**

Bereits vor der offiziellen Regelung des Potsdamer Abkommens wurden im Juni/Juli 1945 vor allem aus Ostbrandenburg, Ostpommern und Niederschlesien, d.h. den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze ca. 250 000 Menschen ausgewiesen. Auch nach dem Potsdamer Abkommen ändert sich die Vorgehensweise gegenüber den auszuweisenden Deutschen nicht wesentlich.

Nach sechs Jahren unter deutscher Besatzungsherrschaft war das Bewusstsein erlittenen Unrechts in der tschechischen Bevölkerung weit verbreitet.

Der Zorn richtete sich des Öfteren unkontrolliert gegen Deutsche.

Hierbei sind zwei Phasen zu unterscheiden: sogenannte „wilde“ Vertreibungen zwischen Kriegsende und der Verabschiedung des Potsdamer Abkommens am 2. August 1945 sowie danach die laut „Potsdamer Abkommen“ „geregelt Überführung“, die 1947 im Wesentlichen beendet war.

Im tschechischen Sprachgebrauch wird für die Vorgänge weniger das Wort „Vertreibung“ verwendet, sondern die Bezeichnung „odsun“ („Abschiebung“).

Grundlage für die gleichzeitig beginnende Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei waren die sogenannten Beneš-Dekrete vom Mai und Juni 1945, die die Deutschen aller Rechte und ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubten.

(Staatspräsident Edvard Beneš, (1884–1948)



# Sonderbefehl

für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn  
einschliesslich Ortsteil Sandberg.

Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neisse umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschliesslich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Strasse Bhf. Bad Salzbrunn-Adelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Adelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hauschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945, 6 Uhr.

**Abschnittskommandant**

(-) Zinkowski  
Oberstleutnant

23

Davon sind nicht nur Deutsche in den genannten Gebieten betroffen, sondern auch Polen, die aus den von der Sowjetunion beanspruchten Territorien umgesiedelt werden. Die Zeit kurz nach Kriegsende kennzeichnen gewaltsame Übergriffe, Deportationen zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion sowie sog. „wilde“ Vertreibungen entlang der neuen polnischen Westgrenze an Oder und Neiße und von Sudetendeutschen aus der restituierten Tschechoslowakei.

Es waren keine politischen Alleingänge, vielmehr hatten die Alliierten Großbritannien, Sowjetunion und USA auf den Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta Anfang 1945 die Umsiedlung der Deutschen beschlossen. So sollten Minderheitenkonflikte und die politische Instrumentalisierung deutscher Minderheiten verhindert werden.

**Im Januar 1946** begann die organisierte Ausweisung von Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Südosteuropa.

Trotz des Bemühens um einen geregelten Ablauf führten Massentransporte mit oft katastrophalen Versorgungsbedingungen, brutaler Bewachung und Plünderungen zu zahlreichen Todesopfern.

Dabei sind die tatsächlichen Opferzahlen bis heute Gegenstand der Diskussion und werden sich wohl nie genau ermitteln lassen.

Die Bewältigung der Flüchtlingsströme stellt die vier Besatzungszonen vor erhebliche Probleme bei Unterbringung und Ernährung.

**1947-1949:** Entsprechend dem im Herbst 1945 erstellten Plan des Alliierten Kontrollrates wurden im Jahre 1946 und zum geringen Teil zwischen 1947 und 1949 unter der administrativen Kontrolle der alliierten Regierungen Zwangsumsiedlungen von rund 4,8 Millionen Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn durchgeführt. Sie wurden in überwachten Transporten größtenteils in die amerikanische, britische oder in die sowjetische Besatzungszone gebracht, wo sie nach und nach mit der Unterstützung der Besatzungsmächte sowie der entstehenden deutschen Behörden ihre neue Heimat suchen und aufbauen konnten. Auch diese Deutschen mussten ihre gesamte Habe zurücklassen und mittellos einen Neuanfang in einer ihnen weitgehend fremden Welt suchen.

Alle Deutschen, deren ursprüngliches Herkunftsgebiet jenseits der neu gezogenen Oder-Neiße-Linie lag, mussten ihre angestammte Heimat verlassen und auf das Gebiet des verkleinerten Restdeutschland überzusiedeln.

## **Arbeitsgruppe 4: Situation in Hessen**

### **Fragestellungen:**

- Aus welchen Regionen kamen die Flüchtlinge und Vertriebenen, die nach Hessen kamen?
- Wie gestaltete sich die Wohnsituation für die Flüchtlinge und Vertriebenen, die nach Hessen kamen?
- Wie wurden die Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland aufgenommen?
- Wie und wo fanden die Flüchtlinge und Vertriebenen Arbeit?

### **M 4: Situation in Hessen**

Alle Deutschen, deren ursprüngliches Herkunftsgebiet jenseits der neu gezogenen Oder-Neiße-Linie lag, mussten ihre angestammte Heimat verlassen und auf das Gebiet des verkleinerten Restdeutschland übersiedeln.

Dabei erfolgte die Verteilung nach einem auf der Konferenz von Potsdam ausgehandelten Schlüssel, der für das Land Hessen in der amerikanischen Besatzungszone die Aufnahme

von insgesamt **721.000 Heimatvertriebenen** vorsah. Nach den Ergebnissen der im selben Jahr durchgeführten Volkszählung verteilten sich die in Hessen aufgenommenen Heimatvertriebenen zu annähernd 36,2 Prozent auf den Regierungsbezirk Wiesbaden (260.736 Personen), 33,3 Prozent auf den Regierungsbezirk Kassel (239.922 Personen) und 30,5 Prozent auf den Regierungsbezirk Darmstadt (219.925 Personen).

Zwischen Januar 1946 und Mai 1949 erreichten Vertriebene aus Ungarn und der Tschechoslowakei, insbesondere dem Sudetenland, Hessen in 409 organisierten Transporten. Anfangs wurden die eintreffenden Flüchtlinge übergangsweise in zusammen mehr als 200 Durchgangslagern - große Lager mit einer Aufnahmekapazität von mehr als 2.000 Personen – untergebracht.

Große Probleme bereitete die anschließende Unterbringung in privaten Quartieren und Notunterkünften. Insbesondere in den Großstädten waren weite Teile des ehemals zur Verfügung stehenden Wohnraums durch die alliierten Luftangriffe zerstört.

Die aus dem eklatanten Mangel resultierende Wohnraumzwangsbewirtschaftung und das beengte Zusammenleben von Altbevölkerung und Neuankömmlingen verursachte während der Jahre 1946 bis 1949 mancherorts in steigendem Maße soziale Spannungen.

### **Beispiel: Situation im Kreis Limburg und Oberlahnkreis**

Zehntausende Flüchtlinge, denen nicht nur die Heimat, sondern auch Hab und Gut widerrechtlich und häufig unter unmenschlicher Behandlung genommen worden war, fanden damals auch im Landkreis Limburg und dem Oberlahnkreis Aufnahme und eine neue Lebensperspektive.

Sie wirkten unter großer Einsatzfreude mit beim Wiederaufbau und der Wiederbelebung von Kultur und Wirtschaft in Deutschland.

Landrat Georg Würmeling und Günter Schmitt, Erster Beigeordneter sorgten für eine umfassende Dokumentation der Integration und der Aufbauleistung der Heimatvertriebenen in einer Buchveröffentlichung, die von Franz Krotzky, Franz Nadler und Dieter Zimmerhackl erarbeitet und 1986 veröffentlicht wurde.

Am 8 Februar 1946 kam der erste große Flüchtlingstransport aus dem Sudetenland in Weilburg an. Die Flüchtlinge waren fast zwei Tage in geschlossenen Güterwagen unterwegs. Er umfasste etwa 1200 Personen. Die eine Hälfte kam nach Villmar, die andere nach Weilminster. Nach 2 bis 3 Tagen wurden sie auf alle Gemeinden verteilt.

Die Einweisung in die Wohnungen und Häuser der Einheimischen war eine Zumutung für beide Seiten. Nach den Richtlinien wurden sechs qm pro Person zugeteilt.

In der Praxis bedeutete das, dass für eine ganze Familie meistens nur ein Raum zur Verfügung stand.

Alles, was zum täglichen Leben gebraucht wurde – zum Beispiel Geschirr, Möbel, Öfen etc. musste zusammengebettelt werden. (Otto Höhler, Flüchtlingskommissar des Oberlahnkreises, a.a.O., S. 35)

Die Währungsreform 1948 und die sich anschließende langsame Erholung der Wirtschaft veränderte die allgemeine Flüchtlingssituation: mit der Reform waren die Gebrauchsgegenstände, waren Textilien, Schuhe und Lebensmittel wieder vorhanden. Der Neubau von Wohnungen begann.

Unter den Heimatvertriebenen waren über 400 000 Bauernfamilien. Das Land Hessen musste ca. 40 000 Bauernfamilien aufnehmen.

Infolge großen Landmangels konnten aber nur 6000 wieder einen Bauernhof übernehmen. 14 000 mussten sich mit einer Nebenerwerbsstelle zufriedengeben.

Im Oberlahnkreis wurden 58 Vollbauerstellen und 360 Nebenerwerbsstellen errichtet.

Mit dem Lastenausgleichsgesetz vom 1. September 1952 - Abgeltung von Schäden und Verlusten, die sich durch Vertreibung und Zerstörung der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben – wurden neue Lebensperspektiven eröffnet.

18 907 Anträge bis 1984 – 12,6 % der Bevölkerung - wurden positiv entschieden. Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft wurden mit einem Gesamtbetrag von 4328 700 DM gewährt.

### **Dadurch konnte die katastrophale Ausgangslage verbessert werden:**

Unmittelbar nach dem Krieg war das Kreisgebiet gekennzeichnet durch eine zerschlagene Wirtschaft, eine zerrüttete Währung, Demontagen, leere Geschäfte, eine unzureichende Lebensmittelversorgung, starken Wohnungsmangel und ein zusammengebrochenes Verkehrswesen mit zerstörten Straßen und gesprengten Brücken. Die Besatzungszonen der Amerikaner und der Franzosen zerschnitten das Wirtschaftsgebiet an der Lahn zwischen Limburg und Diez.

Ein besonders gutes Beispiel für die Wirtschaftsentwicklung ist die Glasindustrie: Es gelang, einige Transporte von Heimatvertriebenen so zu lenken, dass in den Kreis Limburg in größerer Zahl Unternehmer und Arbeiter der ehemaligen Haida-Steinschönauer Glasindustrie kamen.

1959 waren 17 neue Unternehmen der Glasindustrie und damit zusammenhängigen Branchen mit 1250 Arbeitern und Angestellten in Betrieb.

30 % aller hessischen Glasbetriebe waren 1958 im Bereich der Industrie- und Handelskammer ansässig. Bereits 1949 wurde die Glasfachschule in Hadamar gegründet, um den Nachwuchs an Facharbeitskräften zu sichern.

Die Glasindustrie ist in Hessen seit 1945 überhaupt erst durch Flüchtlinge aus dem Sudetenland und Schlesien aufgebaut worden. Es wurden elf Hohlglashütten, eine Flachglashütte und zwölf Veredelungsbetriebe neu errichtet.

Unter diesen waren Fabriken für Kristall-Lüster, Spiegel, Isolierflaschen, Thermometer, Ampullen und Tablettenröhren.

Schwerpunktstandorte waren Oberursel und der Landkreis Limburg.

**Im Jahr 1952 setzte der Export bereits 6,7 Millionen Mark um. Rund 3.900 Beschäftigte hat die Industrie, von denen zwischen 70 und 80% Heimatvertriebene sind.**

## Arbeitsgruppe 5: Leistungen der Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau Deutschlands

### Fragestellungen:

- Wie und wo fanden die Flüchtlinge und Vertriebenen Arbeit?
- Welche staatlichen Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung wurden getroffen?
- Durch welche Aktivitäten trugen die Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau Deutschlands bei?
- Durch welche Aktivitäten und Maßnahmen wurde die Integration der Heimatvertriebenen erleichtert?

### Vorbemerkungen:

*1963 stellten Vertriebene und Flüchtlinge mit 1,2 Millionen rund ein Viertel der Bevölkerung Hessens. Nach dem Krieg hatten sie mit nur wenigen Habseligkeiten ihre Heimat in Ostpreußen, Schlesien, Pommern oder im Sudetenland verlassen müssen.*

*In Westdeutschland waren sie alles andere als freundlich empfangen worden. Die Aussicht, den ohnehin knappen Wohnraum und die spärlichen Lebensmittel nun noch mit Fremden teilen zu müssen, erzeugte in Teilen der heimischen Bevölkerung Ablehnung bis hin zu offener Feindschaft. Dabei hatten es Neuankömmlinge schwer genug: Nicht nur, dass sie fast alles verloren hatten – auch der berufliche Neuanfang gestaltete sich für sie in einer fremden und unbekanntem Umgebung ungleich schwieriger.*

*Zahlreiche Firmengründungen in Gewerbe und Industrie, auch in den ländlichen Regionen, verbesserten die Beschäftigungsverhältnisse der Flüchtlinge und Vertriebenen. Außerdem ermöglichten finanzielle Unterstützungen vom Staat Betroffenen sowohl in den Städten als auch in ländlichen Regionen sich dauerhaft eine Existenz aufzubauen.*

*Vor allem durch die Möglichkeit der Zeitzeugenbefragung, der Zeitzeugenberichte und durch das vorhandene vielfältige Material im Internet eröffnen sich für den Unterricht neue Zugänge. Schülerinnen und Schüler können selbst recherchieren.*

[https://www.lwl.org/LWL/Kultur/Aufbau\\_West/Migration/integration/](https://www.lwl.org/LWL/Kultur/Aufbau_West/Migration/integration/)

<http://www.ursella.info>

<http://www.schlaggitarren.de>

<http://www.hr-online.de/website/index.jsp>

<http://www.wugwiki.de>

<http://www.lpb-bw.de/publikationen.htm>

[http://www.deutschlandundeuropa.de/45\\_02/migration.htm](http://www.deutschlandundeuropa.de/45_02/migration.htm)

<http://www.wirtschaftsnordhessen.de> (Dr. Ulrich Eisenbach Hessisches Wirtschaftsarchiv)

*Aus den o.g. Web-Portalen wurden Texte und Berichte ausgewählt, die eine Beantwortung der o.g. Fragestellungen erleichtern können.*

*Die ausgewählten Beispiele aus den Bereichen Musikinstrumentengewerbe und Industrie, Glas- und Textilindustrie belegen, dass in allen hessischen Regionen Heimatvertriebene durch Unternehmensgründungen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich mitgewirkt haben. Diese Leistungen haben u.a. die Integration erleichtert.*

## M 1: Die Ausgangssituation

Am Ende der Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Deportationen waren bis 1950 insgesamt knapp 12,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die deutschen Besatzungszonen und die daraus entstandenen beiden deutschen Staaten gelangt.

Sie waren gezwungen, sich im Westen – fern der Heimat – in einem fremden, sozialen und kulturellen Umfeld eine neue Existenz aufzubauen und hier ein zweites Leben zu beginnen. Dabei wurde die Abfolge der Eingliederung von regionsabhängigen Faktoren beeinflusst, denn die Integration der Vertriebenen in städtischen und ländlichen Regionen verlief unterschiedlich.

Viele der Vertriebenen, die einst selbstständige Kaufleute und Unternehmer waren, fanden sich nun in einem landwirtschaftlich geprägten Raum wieder und versuchten, sich so schnell wie möglich wieder selbstständig zu machen. Zahlreiche der inzwischen gesammelten Lebensberichte muten bezüglich der Produktionsstätten, der Materialbeschaffung und vor allem der Transportmittel recht abenteuerlich an. Nahezu jede Gemeinde bietet Beispiele für Betriebsgründungen, vom Handwerker bis zur Firma mit Weltruf.

Mit Gründung der Bundesrepublik schuf der Staat zunehmend bessere Voraussetzungen für die berufliche Eingliederung der Vertriebenen. Beamten wurde die Wiedereinstellung in den Staatsdienst ermöglicht, für Firmengründungen wurde finanzielle Unterstützung gewährt, zinsgünstige Darlehen bereitgestellt und durch das Lastenausgleichsgesetz eine geringe Entschädigung für die erlittenen Vermögensverluste geboten.

Fazit bleibt dennoch, dass die meisten Vertriebenen viele Jahre lang unter ihrer früheren beruflichen Position beschäftigt waren und große Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Viele Vertriebene mussten den Aufbau ihrer selbstständigen Existenz unter großen Opfern durchführen.

Trotzdem gelang es einem Großteil der Flüchtlinge bis zum Ende der 1950er Jahre, einen Status zu erreichen, der sich ihrem früheren annäherte.

Mit der eigenen Wohnung oder dem Hausbau, staatlichen Entlastungen durch den Lastenausgleich sowie einer geregelten Beschäftigung versöhnten sich die Flüchtlinge und Vertriebenen zunehmend mit ihrem neuen Leben im Westen.

Verbunden mit dem allgemeinen Aufstieg und dem verbesserten Lebensstandard dürfte der wirtschaftliche Wiederaufbau sowohl für städtische als auch für dörfliche Flüchtlinge und Vertriebene einer der wichtigsten Integrationselemente gewesen sein.

**Die Integration der Vertriebenen gilt heute als gelungen.**

## M 2: Das Beispiel Musikinstrumentenindustrie

*Karl Heinz Pilz gibt auf dem Web-Portal <http://www.schlaggitarren.de> einen detaillierten Bericht zur Entstehung der Musikinstrumentenindustrie in Nauheim (Hessen). Er nutzt u.a. als Quelle das Buch von **Ortrud Becker** „**Geflüchtet, Vertrieben, Aufgenommen**“, das 1990 veröffentlicht wurde.*

*Es ist für die Beurteilung der Ausgangslage und der Entwicklung der Betriebsgründungen lohnend, den gesamten Bericht zu kopieren und auszuwerten.*

*Einige Auszüge können vielleicht die Motivation erhöhen, den gesamten Text für den Unterricht zu nutzen.*

## Beispiel 2.1: Ausgangslage Sudetenland

„Dem Vertreibungsgebiet Sudetenland kommt eine besondere Bedeutung zu, die sich aus seinem hohen Industrialisierungsstand vor dem 2. Weltkrieg erklärt. Hier lag der Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe mit 51 % weit höher als in der übrigen Tschechoslowakei (33%) oder im Deutschen Reich (41%).

Die Hauptzentren der sudetendeutschen Wirtschaft waren in der nordböhmischen Gebirgs-umrandung zu finden. Die Konsumgüterindustrien, insbesondere die Textilbranche, die Glas- und Musikinstrumentenherstellung lagen fast ausschließlich in deutscher Hand. Durch die Vertreibung wurden die Musikinstrumentenmacher in alle Winde zerstreut. Die meisten fanden in den bayrischen Orten Bubenreuth, Neustadt/Aisch, Waldkraiburg und Geretsried oder in Winnenden/Württemberg eine neue Bleibe.

Aber auch der bisher mehr nach der Agrarwirtschaft ausgerichtete hessische Ort Nauheim bei Groß-Gerau kam mit der Musikindustrie in Verbindung.“

## Beispiel 2.2: Ausgangslage in Nauheim

„Es waren vor allem Frauen und Kinder, aber keine Männer, die für den Wiederaufbau notwendig gewesen wären. Es musste hier Abhilfe geschaffen werden. Richard Schuh erinnert sich, daß der Nauheimer Bürgermeister Heinrich Kaul IV. mit dem Gemeindeangestellten Diehl ins Auffanglager nach Sandbach (Odenwald) kam, um sich dort nach Arbeitern umzusehen.

Er wurde fündig und am 3. Juni 1946 trafen 41 Heimatvertriebene vor allem aus Schönbach in Nauheim ein. Darunter befand sich Maria Marek, die Bürgermeister Kaul auf die, eine neue Existenz suchenden, Musikinstrumentenmacher ihrer verlassenen Heimat aufmerksam machte.

Auch Anna Sandner die mit ihrem Mann, dem Geigenbauer Franz Sandner, in Tennenlohe bei Erlangen Unterkunft gefunden hatte, besuchte Nauheim, hörte von den Plänen des Bürgermeisters und war an einer Umsiedlung interessiert.

Heinrich Kaul IV. erkannte in weiser Voraussicht die industrielle Chance für seine Gemeinde und richtete am 14.7.1946 einen Brief an den Regierungspräsidenten in Darmstadt mit der Bitte, die Instrumentenmacher Sandner, Winter, Himmer, Glassl, Schuh, Neubauer, Schösser, Dotzauer und Lang nach Nauheim einzuweisen. Die Genehmigung wurde erteilt und am 23.7.1946 fuhr ein Lastwagen in Richtung Erlangen, um die ersten Schönbacher Musikinstrumentenbauer nach Nauheim zu holen.

Es sprach sich 1946 schnell herum, dass die Gemeinde Nauheim den heimatvertriebenen Instrumentenbauern einen Anreiz bot, sich eine neue Existenz aufzubauen. Auch aus Graslitz zogen nun einige Instrumentenmacher zu.“

## Beispiel 2.3: Anfangsschwierigkeiten

„Die Vertriebenen hatten zunächst große Schwierigkeiten, sich an dem neuen Standort zurechtzufinden. Sie kamen überwiegend aus Schönbach, sowie Graslitz und Umgebung nach Nauheim.

Ihre alte Heimat gehörte, zusammen mit den auf sächsischem Gebiet liegenden Städten Klingenthal und Markneukirchen, zum berühmten erzgebirgischen Musikwinkel.

Die Landschaft war also völlig unterschiedlich zum Nauheimer Flachland. Sie ertrugen aber mit Duldsamkeit die oft menschenunwürdigen Umstände bei der Aufnahme, denn

Wohnraumnot herrschte auch in Nauheim, und die Bürger waren verständlicherweise nicht begeistert, wenn sie Zwangseinweisungen ganzer Familien erhielten.

Die Firmengründungen gingen auch 1947 weiter. Am 29.1.1947 nahm die Firma Julius Keilwerth ihren Sitz in Nauheim. Die Firma war im Jahre 1925 in Graslitz gegründet worden und war mit 150 Mitarbeitern im Jahre 1939 der größte deutsche Saxophonhersteller.

In der Waschküche der Nauheimer Bäckerei Stelzer, Bahnhofstr. 9 wurde begonnen. Zunächst hatte man 5 Beschäftigte und machte nur Reparaturarbeiten für Saxophone.

1949 bezog man ein neues Gebäude in der Königstädter Str. 101 und später unterhielt man einen Zweigbetrieb in der Helwigstraße in Groß-Gerau. In dieser Zeit beschäftigte man über 80 Mitarbeiter in der Herstellung von Saxophonen und Blechblasinstrumenten. Nach dem Tod von Julius Keilwerth 1962 übernahm sein Sohn Josef die Firma.

1964 wurde neben dem alten Gebäude in der Königstädter Straße ein neues Fabrikgebäude unter damals modernsten Gesichtspunkten errichtet.

In den 60er und 70er Jahren wurden Keilwerth - Instrumente in viele Länder exportiert, wobei sich der amerikanische Markt zum wichtigsten Standbein entwickelte.

Josef Keilwerth legte schon damals Wert auf guten Kontakt zu vielen bekannten Solisten und Orchesterchefs wie z.B. Max Greger, Ambros Seelos und Hazy Osterwald. Er brachte seine Kunden oftmals freitags mit zu seinem „Graslitzer Stammtisch“ in den „Egerländer“. Seit November 1989 gehört man der Unternehmungsgruppe „Boosey & Hawkes“ an. 1994 waren 100 000 Saxophone gebaut worden.“

## Beispiel 2.4: Zeitzeugenbericht

„Bereits 1897 hatte Vinzenz Püchner im böhmischen Graslitz, damals Teil der Österreich-Ungarischen-Donaumonarchie, ein selbstständiges Gewerbe als Holzblasinstrumentenmacher angemeldet. Sein Sohn Josef kam mit seiner Familie ebenfalls nach Nauheim. Unmittelbar nach der Währungsreform (20.6.1948) begannen Vater Josef und Sohn Walter Püchner mit dem Aufbau einer Werkstatt in Nauheim und gründeten die Firma „Josef Püchner, früher Vinzenz Püchner, Graslitz“.

Walter Püchner beschreibt den Neuanfang:

*„Unsere Bemühungen, in den Orchestern des Umkreises Kunden für Reparaturen und Umbauten zu finden, waren nach und nach erfolgreich. Durch gute Arbeit das Vertrauen der Kunden zu gewinnen, die wiederum durch Mundpropaganda dies publik machten, war unser Werbemittel.*

*Umbauten der Oboen am Hessischen Rundfunk vom deutschen zum französischen System in solider handwerklicher Art war ein Einstieg. Der Mangel an trockenen Hölzern verhinderte den Bau von neuen Instrumenten.*

*In dieser Zeit schafften wir uns eine Erwerbsquelle durch den Bau von Motorradhupen, Notenpulten und Klarinettenmundstücken aus Kautschuk.*

*Schließlich gelang es, ältere Holzbestände aufzukaufen, die bereits mehr als 10 Jahre gelagert hatten, und der Klarinettenbau, kurz darauf auch der Oboen- und schließlich der Fagottbau konnte wieder aufgenommen werden.“*

Die Werkstatt war in den ersten Nachkriegsjahren provisorisch in der Bleichstraße 40 untergebracht und Walter Püchner erinnert sich:

*„Mit Oboen und Klarinetten fanden wir mehr und mehr Anklang in den umliegenden Orchestern wie u.a. in der Frankfurter Oper, Mainzer Oper und im Rundfunk Frankfurt. Der Kauf des Grundstückes in der Beethovenstraße, um eine richtige Werkstatt samt Wohnhaus zu bekommen, waren jetzt Notwendigkeiten“.*

1955 wurde dann eine richtige Werkstatt und Wohnung fertig gestellt.

1988 wurde die „J. Püchner Spezial Holzblasinstrumentebau GmbH“ gegründet, in die als vierte Püchner - Generation die Kinder von Walter Püchner, Gabriele und Gerald, als Gesellschafter eintraten.

Heute sind in der Firma rund 30 Mitarbeiter tätig. Viele gehören dem Hause Püchner seit langem an, einige sogar mehr als 35 Jahre.“

### **Beispiel 2.5: Zusammenfassung**

„Es gab in Nauheim sicher noch einige andere kleine Firmen oder Familienbetriebe, die in Schuppen, Scheunen, Waschküchen oder Ställen ihre ersten unternehmerischen Schritte starteten. Sie wurden aber ins Gewerbetagebuch der Gemeinde oder in die Handwerkerrolle nicht eingetragen und sind deshalb lokal und zeitlich nicht einzuordnen. Nach internen Schätzungen waren in der Glanzzeit bis zu 600 Personen in der Nauheimer Musikinstrumentenindustrie beschäftigt.

Mit den in der näheren Umgebung beheimateten Firmen:

- Johann Siebenhüner, Walldorf-Mörfelden, Saitenfabrik
- Gunter J.Klier, Groß-Gerau Perlmuttereinlagen
- Alois Sandner, Königstädten Bogenmacher
- Franz Loquai, Zithererzeugung
- Andreas Sandner, Gitarrenmacher
- Karl Bauerfeind, Schleiferei
- Max Kahl, Instrumentenbau und
- Franz Sattler, Schlaginstrumente

ist hier ein Potential geschaffen worden, das seinesgleichen sucht. Die Musikinstrumentenindustrie spielte für die finanzielle Situation der Gemeinde Nauheim zumindest bis in die 60er Jahre eine bedeutende Rolle.

In der Festschrift „10 Jahre Musikinstrumenten-Industrie Nauheim“ (1957) hatte Herr Lehrer Merle den Wunsch geäußert, dass zukünftige Chronisten Nauheims nicht mehr von „Altbürgern“ und „Neubürgern“ sprechen und diejenigen, die unverschuldet Haus und Hof, Hab und Gut zurücklassen mussten, Nauheim als ihre zweite Heimat ansehen. Das kann heute ohne jede Einschränkung bestätigt werden.

In vielen Gesprächen mit Heimatvertriebenen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass man mit unserer neuen Heimat Nauheim eine „Sechs im Lotto“ gewonnen hatte. Es ist unbestritten, dass die Integration der Vertriebenen in Nauheim beispielgebend für viele Gemeinden in ganz Deutschland war.“

### **Beispiel 2.6: Entwicklungen bis heute**

**Tanja Kühle** (<http://www.hr-online.de/website/index.jsp>) recherchierte Vergangenheit und Gegenwart der Musikgemeinde Nauheim.

**Was ist vom dem Musikdorf Nauheim noch übrig?**

„Ein kleines, unscheinbares Dorf, mitten im Hessischen Ried. Ein halbes Jahrhundert lang war es ein Mekka für Klarinettenisten, Saxophonisten und andere Liebhaber hochklassiger handgefertigter Musikinstrumente. Von Nauheim aus wurden die Instrumente in alle Welt verschickt, bis nach Bagdad und Australien. Sogar Bill Clinton soll ein Saxophon aus Nauheim haben.

Der Erfolg kam mit den Flüchtlingen nach Nauheim. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließen sich vor allem Heimatvertriebene aus dem böhmischen Graslitz hier nieder, damals das Zentrum der Instrumentenherstellung. Im Gepäck hatten die Vertriebenen oft nur ihr Werkzeug und Knowhow. Und daraus bauten sich die Instrumentenbauer über die Jahre ein florierendes Geschäft auf. Rund 30 Betriebe gab es zu Glanzzeiten.“

Heute werden in Nauheim nicht mehr viele Instrumente neu gebaut. Die meisten Unternehmen sind inzwischen aufgekauft worden – oder ohne Nachfolger.“

Tanja Kühle nennt zwei Beispiele von Betrieben, die fortgeführt werden:

1. „Auch Wilfers Großvater ging nach Nauheim, 1947. Im Gepäck nur ein bisschen Werkzeug – und Knowhow: "Wenn man in so einem Zug sitzt, dann kann man natürlich nicht eine komplette Werkstatteinrichtung mitbringen. Und das Knowhow hat man ja im Kopp", erzählt der Enkel.

Die Werkstatt ist bis heute unverändert. Die Auftragslage dagegen schon:

„Neubau mache ich eigentlich nur noch auf Bestellung. Wenn ich mal die Zeit finde zwischen den Reparaturen und Restaurationen, bau ich natürlich mal wieder was, einfach um drin zu bleiben“, so Wilfer.“

2. Dietmar Schuh hat den Betrieb von seinem Großvater Franz Sandner geerbt, einem renommierten Geigenbauer. Er verfolgt eine andere Strategie, um mit der Lage heute umzugehen: "Der Konkurrenzdruck ist einfach zu groß. Ich meine, wir selbst sehen das ja auch. Aus diesem Grund haben wir vor zehn Jahren ein Joint-Venture eingegangen mit einer taiwanesischen Firma, aus Taiwan. Um einfach unsere globale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken."

In der Nauheimer Werkstatt werden die hergestellten Geigen nur noch "spielfertig" gemacht.

Auch am "runden Tisch" sitzt die japanische Firma Roland; großer Hersteller elektronischer Musikinstrumente. Viele mussten aufgeben – Roland hat in Nauheim neu angefangen.“

### **M 3: Das Beispiel Glasindustrie**

Die Dokumentation des Kreises Limburg-Weilburg belegt die Mitwirkung der Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland ((Vgl. Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg, Bund vertriebener Deutscher, e.V. (Hrsg.): Eingliederung und Wirken der Heimatvertriebenen – Eine Dokumentation des Kreises Limburg-Weilburg, Limburg 1986.)

#### **Beispiel 3.1: Entwicklungen in Mittelhessen**

Unmittelbar nach dem Krieg war das Kreisgebiet Limburg gekennzeichnet durch eine zerschlagene Wirtschaft, eine zerrüttete Währung, Demontagen, leere Geschäfte, eine unzureichende Lebensmittelversorgung, starken Wohnungsmangel und ein zusammengebrochenes Verkehrswesen mit zerstörten Straßen und gesprengten Brücken. Die Besatzungszonen der

Amerikaner und der Franzosen zerschnitten das Wirtschaftsgebiet an der Lahn zwischen Limburg und Diez.

Ein besonders gutes Beispiel für die Wirtschaftsentwicklung ist die Glasindustrie: Es gelang, einige Transporte von Heimatvertriebenen so zu lenken, dass in den Kreis Limburg in größerer Zahl Unternehmer und Arbeiter der ehemaligen Haida-Steinschöner Glasindustrie kamen.

1959 waren 17 neue Unternehmen der Glasindustrie und damit zusammenhängigen Branchen mit 1250 Arbeitern und Angestellten in Betrieb.

30 % aller hessischen Glasbetriebe waren 1958 im Bereich der Industrie- und Handelskammer ansässig. Bereits 1949 wurde die Glasfachschule in Hadamar gegründet, um den Nachwuchs an Facharbeitskräften zu sichern.

Die Glasindustrie ist in Hessen seit 1945 überhaupt erst durch Flüchtlinge aus dem Sudetenland und Schlesien aufgebaut worden. Es wurden elf Hohlglashütten, eine Flachglashütte und zwölf Veredelungsbetriebe neu errichtet.

Unter diesen waren Fabriken für Kristall-Lüster, Spiegel, Isolierflaschen, Thermometer, Ampullen und Tablettenröhren.

Schwerpunktstandorte waren Oberursel und der Landkreis Limburg.

Im Jahr 1952 setzte der Export bereits 6,7 Millionen Mark um. Rund 3.900 Beschäftigte hatte die Industrie, von denen zwischen 70 und 80% Heimatvertriebene sind.

### **Beispiel 3.2: „Hessen-Glas“ in Oberursel**

Zur Entwicklung in Oberursel können die folgenden Daten aus dem Web-Portal <http://www.ursella.info> genutzt werden.

„Der Name "Hessen-Glas" wurde aus Dankbarkeit an die neue Heimat der Gablonzer Glasindustrie in Hessen gewählt.

1946 Gründung "Der Hessischen Glas- und Schmuckwarenindustrie GmbH, Oberursel" durch Heimatvertriebene aus dem Sudetenland (Gablonz), Errichtung einer Glashütte auf dem Gelände der ehemaligen Bronzefarbenfabrik in Stierstadt,

1947 Gründung der Glashütte als "Hessen-Glas GmbH" durch Herrn Fischer mit 10 Gesellschaftern.

1947/48 Beginn mit der Herstellung von Glas. Es entstehen die „Hessen-Glaswerke“.

1959 Spin-Off von Herrn Ritschny (Gesellschafter der Hessen-Glas) mit Produktion für Glas- und Thermoskolben für Fa. Möller und Fa. Zimmermann, Oberursel

1964 ca. 320 Mitarbeiter

1979 100 Mitarbeiter, kein Nachwuchs.

1990 Firma wird in Oberursel aufgegeben, Verkauf an HOCH TIEF AG, (19.500 m<sup>2</sup>)

1990 Werk wird abgebaut.

1990 Neuer Gesellschafter eröffnet Glashütte in Schmiedefeld, Thüringen“

### **M 4: Das Beispiel Textilindustrie und weitere Industriebereiche**

**Dr. Ulrich Eisenbach (Hessisches Wirtschaftsarchiv)** schreibt einen detaillierten Bericht zum Neuanfang der Flüchtlinge und Vertriebenen in Nordhessen, der als pdf-Datei auf dem Web-Portal <http://www.wirtschaftsnordhessen.de> veröffentlicht wurde.

### **Beispiel 4.1: Ausgangslage**

„1963 stellten Vertriebene und Flüchtlinge mit 1,2 Millionen rund ein Viertel der Bevölkerung Hessens. Nach dem Krieg hatten sie mit nur wenigen Habseligkeiten ihre Heimat in Ostpreußen, Schlesien, Pommern oder im Sudetenland verlassen müssen.

In Westdeutschland waren sie alles andere als freundlich empfangen worden. Die Aussicht, den ohnehin knappen Wohnraum und die spärlichen Lebensmittel nun noch mit Fremden teilen zu müssen, erzeugte in Teilen der heimischen Bevölkerung Ablehnung bis hin zu offener Feindschaft. Dabei hatten es Neuankömmlinge schwer genug: Nicht nur, dass sie fast alles verloren hatten – auch der berufliche Neuanfang gestaltete sich für sie in einer fremden und unbekanntem Umgebung ungleich schwieriger.

Der weitaus größte Teil der Vertriebenen war in ländlichen Regionen wie Nordhessen untergebracht worden, wo die Wohnraumversorgung nicht so angespannt war wie in den zerstörten Großstädten. Allerdings boten sich ihnen hier, abseits der Industriezentren, kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Infolgedessen war die Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen noch zu Beginn der 1950er-Jahre besonders hoch. Der große Hessenplan setzte sich 1950 deshalb zum Ziel, die Vertriebenen dorthin umzusiedeln, wo ihre Arbeitskraft benötigt wurde.“

### **Beispiel 4.2: Erfahrungen und Kenntnisse**

„Unter den Neubürgern, wie sie hießen, waren auch zahlreiche Unternehmer. Sie verfügten zwar über kein Kapital, dafür aber über wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse sowie häufig über die Unterstützung von Fachkräften, die ihnen an die neuen Standorte folgten. Schwerpunkte ihrer unternehmerischen Tätigkeit waren die Glasindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Maschinenbau.

Bis 1963 entstanden so rund 14.000 Unternehmen mit über 80.000 Beschäftigten. Überwiegend waren es Handwerksbetriebe und kleine Geschäfte, doch auch 1030 Industriebetriebe mit fast 48.000 Beschäftigten waren darunter.

Viele Vertriebene und Flüchtlinge kamen aus klassischen Textilgebieten wie Schlesien, dem Sudetenland oder Sachsen, sodass die Textil- und Bekleidungsindustrie bei den Neugründungen am häufigsten vertreten war. Wie stark sie die hessische Wirtschaftsstruktur beeinflusste, beweist die Tatsache, dass um 1960 mehr als jeder dritte bestehende Betrieb von einem Flüchtling oder Vertriebenen gegründet worden war.“

### **Beispiel 4.3: Unternehmensgründungen in Nordhessen**

1. „Einer der erfolgreichsten war Max Richter, der 1948 in Gebäuden der ehemaligen Munitionsanstalt Allendorf eine Kammgarnspinnerei errichtete. Bis zu ihrer Vertreibung hatte die Familie Richter in ihren Kammgarnspinnereien in und um Mildenau rund 3000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Bei seinem Neuanfang kam Max Richter zugute, dass er auf viele bewährte Arbeitskräfte aus der alten Heimat zurückgreifen konnte. Richter wurde 1953 zum ersten Vorsitzenden der Vertretung der heimatvertriebenen Wirtschaft Hessens und zugleich zum Bundesvorsitzenden dieses Verbandes berufen, was sein Ansehen unterstreicht. In den 1960er-Jahren beschäftigte er bis zu 400 Mitarbeiter. Seit 2005 beschränkt sich das Unternehmen auf die Färbung und Ausrüstung von Textilien.

2. Ebenfalls auf dem Gelände der Allendorfer Munitionsfabrik gründete 1949 Karl Müller

die Elastik Strumpffabrik. Müller stammte aus der Gegend von Chemnitz, dem Zentrum der sächsischen Strumpfindustrie. Entscheidend für den Erfolg seines Unternehmens war der Umstand, dass es gelang, Textilarbeiter aus dem sudetendeutschen Warnsdorf in Allendorf anzusiedeln.

1963 beschäftigte Müller 290 Mitarbeiter, acht Jahre später stellte er den Betrieb ein.

**3.** Zu einem regelrechten Großbetrieb mit zeitweise mehr als 1500 Beschäftigten avancierte die im Juli 1949 in Neustadt bei Marburg gegründete Firma Ergee, deren Name sich von „Edwin Rössler Gelenau/Erzgebirge“ herleitete.

Edwin Rössler hatte seit 1901 in Gelenau im Erzgebirge eine Strumpffabrik betrieben, die sich in den 1930er-Jahren zum Weltmarktführer in der Produktion von Kindersocken aufschwung. 1949 waren seine Betriebe in der DDR verstaatlicht worden. Der Markenname Ergee war zeitweise geradezu ein Synonym für Nylonstrümpfe.

**4.** Ein weiteres Beispiel für eine erfolgreiche Neugründung findet sich in Witzenhausen.

Dorthin verschlug es 1945 den aus Cottbus stammenden Josef Raith. In seiner früheren Heimat hatte er eine Hemdenfabrik betrieben.

In Witzenhausen gründete er in den Baracken des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes die Firma Tegro, die späteren JORA Kleider- und Wäschefabriken, und nahm am 1. Oktober 1945 die Produktion auf. Ein Jahr später beschäftigte er bereits 125 Näherinnen, fast ausschließlich Vertriebene aus dem Sudetenland und Sowjetzonenflüchtlinge.

1963 errichtete er in Eschwege ein zweites Werk. Mit einer Belegschaft von rund 600 Personen und einer Produktion von monatlich etwa 70.000 Blusen, Röcken und Oberhemden gehörte sein Betrieb damals zu einem der bedeutendsten dieser Sparte der Bekleidungsindustrie.“

**5.** „Auch in Nordhessen wurde die Glasindustrie sesshaft. Zu den bekanntesten zählt die Glashütte Immenhausen nördlich von Kassel.

Richard Süßmuth aus dem schlesischen Penzig gelang es in Immenhausen, die 1930 stillgelegte Glashütte zu erwerben und neu aufzubauen. Bald beschäftigte er

450 Mitarbeiter, darunter 380 Heimatvertriebene. „Süßmuth konnte nicht nur künstlerisch an seine Erfolge in der Vorkriegszeit anknüpfen, es gelang ihm auch, neue Glasarten zu entwickeln und den Markt zu erweitern. Zu Beginn der 1960er-Jahre exportierte er seine Produkte – Gebrauchsglas und später auch Beleuchtungsglas – in alle Erdteile.“

**6.** „Im schlesischen Hirschberg hatte Alfons Mondt einen Großhandel mit Geräten und Maschinen für Bäcker, Konditoren und Hotels betrieben. Nach seiner Vertreibung verschlug es ihn nach Arolsen, wo er das im Krieg zerstörte Gerichtsgefängnis erwarb und darin nach provisorischen Instandsetzungsarbeiten begann, Spezialgeräte aus Kunststoff für Bäckereien und die Süßwarenindustrie herzustellen. Später kam die Produktion von Spritzen und Kanülen hinzu. Als Erwin Busch das Unternehmen 1963 übernahm, spezialisierte er sich ganz auf medizinische Teile. Heute gehört die ALMO-Erzeugnisse Erwin - Busch - GmbH mit rund 300 Beschäftigten und über zwei Milliarden produzierter und verkaufter Einheiten pro Jahr zu den weltweit führenden Spritzenherstellern.

Auch wenn einige Flüchtlingsunternehmen – wie andere auch – die weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen seit den 1970er-Jahren nicht überstanden haben, so hat die Flüchtlingsindustrie insgesamt doch die hessische Wirtschaft nachhaltig befruchtet und ihre Spuren hinterlassen.“

## M 5: Gesamtsituation in Westdeutschland

### Beispiel 5.1: Entwicklungen in anderen Bundesländern

Ähnliche Entwicklungen können in den britischen und amerikanischen Besatzungszonen recherchiert werden: <http://www.wugwiki.de>.

So hat z.B. Weißenburg (Bayern) nach dem 2. Weltkrieg einen steilen industriellen Aufschwung erlebt, wie es in seiner Geschichte einzigartig war. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass die im Krieg nahezu unversehrt bebliebene Stadt überdurchschnittlich viele Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten und der damaligen Sowjetischen Besatzungszone aufgenommen hat. Sie machten 1950 etwa 25 % der Bevölkerung aus. Für Weißenburg ist es interessant, dass als Betriebsgründer, neben den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, auch viele Personen aus der sowjetisch besetzten Zone (SBZ), der späteren DDR, stammten. Diese waren entweder von den Sowjets enteignet worden oder sind im Hinblick auf eine bevorstehende derartige Maßnahme in den Westen geflüchtet.

Neben den Firmengründern dürfen auch diejenigen Personen aus dem Kreis der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nicht vergessen werden, die in einheimischen Firmen an leitender Stelle tätig waren und diese zum Teil aufbauten, als wären es ihre eigenen. Stellvertretend kann hier der Name Rudolf Hampe genannt werden.

Dieser war Geschäftsführer der Weißenburger Niederlassung der Firma Matthias Oechsler (<http://www.wugwiki.de/index.php?title=Oechsler>), heute MOS. Es war unzweifelhaft das Verdienst dieses Mannes, den Betrieb nach dem Krieg erheblich ausgebaut und vergrößert zu haben.

Die französische Zone weigerte sich zuerst, Flüchtlinge aufzunehmen. Erst im Frühjahr 1949 wurde diese Anordnung förmlich aufgehoben.

In den britischen und amerikanischen Besatzungszonen (z.B. in den Ländern Bayern, Hessen und Württemberg-Baden) gab es schon im November 1945 eigene Flüchtlingsverwaltungen. Dadurch konnte die Ansiedelung und Eingliederung der Vertriebenen sehr bald planmäßig vorgenommen werden.

Im heutigen Baden-Württemberg fanden vor allem Vertreibungsoffer aus dem Sudetenland, Ungarn und Südosteuropa und in geringerem Umfang aus Schlesien Unterkunft. 1950 lag die Zahl der "Neubürger" in den drei Landesteilen bei 15,6 %. Im Einzelnen: 20,6 % in Nordwürttemberg, 16,4 % in Nordbaden, 11,4 % in (Süd)Württemberg- Hohenzollern und 9,4 % in (Süd)Baden.

Viele der Vertriebenen, die einst selbstständige Kaufleute und Unternehmer waren, fanden sich nun in einem landwirtschaftlich geprägten Raum wieder und versuchten, sich so schnell wie möglich wieder selbstständig zu machen. Zahlreiche der inzwischen gesammelten Lebensberichte muten bezüglich der Produktionsstätten, der Materialbeschaffung und vor allem der Transportmittel recht abenteuerlich an. **Nahezu jede Gemeinde bietet Beispiele für Betriebsgründungen, vom Handwerker bis zur Firma mit Weltruf. Einzelne Industriezweige, wie die in der Vorkriegszeit weltweit operierende Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie versuchten einen Neuaufbau ihres Wirtschaftsgeflechts. Neugablonz in Bayern, Schwäbisch Gmünd in Württemberg und Karlsruhe in Baden waren die Hauptorte ihrer Bemühungen.**

**Anm.:** „Lokalgeschichtliche Veröffentlichungen“ (auch Unterrichtsprojekte mit Schülern) in den Archiven oder bei den Stadtverwaltungen von Aalen, Bad Friedrichshall, Bad Mergentheim, Biberach, Bietigheim- Bissingen, Böblingen, Bretten, Bruchsal, Buchen (Abt-Bessel- RS), Eberbach/N. (Hohenstaufen-Gymn.), Eislingen/Fils, Esslingen, Filderstadt, Freiberg/Neckar, Freiburg/Br., Gerlingen, Giengen/ Brenz, Güglingen, Heilbronn, Heubach, Karlsruhe, Kirchheim/Teck, Knittlingen, Leinfelden-Echterdingen, Ludwigsburg, Mosbach, Neckarsulm, Nürtingen, Offenburg, Rastatt, Rheinau, Schorndorf, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Ulm, Villingen-Schwenningen, Waiblingen, Walldürn, Weinsberg, Wendlingen, Wertheim.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden- Württemberg veröffentlichte in ihrer Zeitschrift, Heft 43-44/2002 mit dem Titel "Europa in Baden-Württemberg: 50 Jahre - ein Panorama" einen Beitrag zur Integration der Ostflüchtlinge im deutschen Südwesten mit Karten, Statistiken und Bildern. (Vgl. <http://www.lpb-bw.de/publikationen.htm>)

## Arbeitsgruppe 6: Entwicklungen bis ins 21. Jahrhundert

### Fragestellungen:

- Was sind die wesentlichen Aussagen und Forderungen der Charta der Heimatvertriebenen?
- Wie beurteilen offizielle Kreise Polens und Tschechiens Flucht und Vertreibung der Deutschen?
- Was beinhalten die sogenannten Ostverträge mit Polen und der Tschechoslowakei?
- Welche Auswirkungen hatten die sogenannten Ostverträge auf die Wiedervereinigung

## M 5: Entwicklungen bis ins 21. Jahrhundert

**1950:** Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ wurde von den Sprechern der Vertriebenenverbände bzw. ostdeutschen Landsmannschaften am 5. August 1950 unterzeichnet und am folgenden Tag in einer Massenkundgebung in Stuttgart-Bad Cannstatt verkündet. Sie nennt „Pflichten und Rechte“ der Flüchtlinge und Vertriebenen, die nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1949 die deutschen Ostgebiete und andere Länder Ost- und Südosteuropas verlassen mussten.

### „Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten.

Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

So lange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.“

### **Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:**

1. Gleiches Recht als Staatsbürger nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.
2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Programmatik der Charta wird mit einer Mahnung beendet, die in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Ukraine und den weltweiten Flüchtlingsströmen sehr bedeutsam ist.

**„Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.**

**Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.“**

### **Annäherung zwischen West und Ost**

**1951:** Die UNO gründet ihr Flüchtlingshilfswerk UNHCR (United Nations High Commissioner For Refugees) und verabschiedet die Genfer Flüchtlingskonvention.

### **Moskauer Vertrag**

**1970:** Der Moskauer Vertrag wurde am 12.08.1970 in Moskau unterschrieben. Dieser Vertrag gilt zwischen der UDSSR und der Bundesrepublik Deutschland. 1972 wurde er von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert.

Der Kerninhalt bezieht sich auf die Artikel zwei und drei. In ihnen wird festgelegt, dass Streitfragen nur noch mit friedlichen Mitteln gelöst werden, Grenzen in Europa anerkannt werden und die Anerkennung der deutsch-polnischen und deutsch-deutschen Grenze.

**1970: Der Warschauer Vertrag** wurde am 07.12.1970 zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen. In ihm wurde die Westgrenze Polens, welche die Oder- Neiße- Linie darstellt, hingenommen aber nicht anerkannt. Auch wurden Gebietsansprüche nicht mehr verhandelt.

Die Bundesregierung Deutschland plädierte darauf, dass es Neuverhandlungen gebe, wenn ein Zusammenschluss von BRD und DDR entstehe. Durch diesen Vertrag wurden die deutsch- polnischen Verhältnisse normalisiert und die Ausreise von in Polen lebenden Deutschen bewilligt.

**1971: Das Vier – Mächte – Abkommen** wurde am 03.09.1971 unterschrieben. Das Abkommen war die Grundlage für weitere Verhandlungen, da es die Beziehung zwischen DDR und BRD klarstellte und förderte. Die Regierung der DDR erkannte den Status und die Zustände der vier Besatzungsmächte an. Dies sorgte für mehr Sicherheit der Westberliner und sicherte das Vertrauen der Bevölkerung. Weiter wurde die Bindung von der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin bestätigt, wobei es nicht um eine staatliche Zusammengehörigkeit handelte.

**1971:** Das Transitabkommen ist am 17.09.1971 in Bonn unterschrieben worden. Es regelt den Personen – und Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin. Dies erleichterte die Unterstützung Westberlins, wobei die Hauptgründe die Anbindung und das Tempo der Lieferungen waren.

**1973:** Der „Prager Vertrag“ vom 11. Dezember 1973: Das Abkommen erklärte die Nichtigkeit des Münchner Abkommens von 1938 über die Abtretung des Sudetengebietes an das Deutsche Reich. Problematische Aspekte, wie die Frage der Entschädigung und Rechte deutscher Vertriebener wurden ausgeklammert.

Im Vertrag beriefen sich die Parteien auf die Charta der Vereinten Nationen und erklärten keinerlei Gebietsansprüche gegeneinander zu haben, bekannten sich zu der Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenze. Eine zukünftige Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der wissenschaftlich-technischen Beziehungen, der Kultur, des Umweltschutzes, des Sports, des Verkehrs und ihrer sonstigen Beziehungen wurde auch vorgesehen.

**1990: Deutsche Wiedervereinigung:** Der durch die „friedliche Revolution“ in der DDR angestoßene Prozess der Jahre 1989 und 1990 führte am 3. Oktober 1990 zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland

Notwendige äußere Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung war das Einverständnis der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die bis dahin völkerrechtlich noch immer die Verantwortung für Deutschland als Ganzes innehatten beziehungsweise beanspruchten.

**Durch den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ am 12. Sept. 1990 über die abschließende Regelung - in bezug auf Deutschland - wurde der Einheit der beiden deutschen Staaten zugestimmt und dem vereinten Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zuerkannt: „Das Staatsgebiet des vereinten Deutschlands wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlin umfassen. Die bestehenden Grenzen sind endgültig.“**

## Abschlussdiskussion

### Aufgaben:

- Interpretation der Folgen der nationalsozialistischen Ideologie, des von Hitler geführten Angriffs- und Vernichtungskriegs und die Auswirkungen eines ethnisch definierten Nationalismus,
- Reflexion des durch Flucht und Vertreibung ertragenen Leids und den Verlust der Heimat,
- Reflexion der Aussage „staatlich sanktionierte Vertreibung war und ist Unrecht, was immer an Verbrechen vorausgegangen ist“,
- Reflexion der Leistungen der Heimatvertriebenen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland,
- Reflexion des Verlaufs einer erfolgreichen Integration von 12,5 Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in das vom Krieg zerstörte Westdeutschland,
- eigene Stellungnahmen auf der Grundlage eigener Wertvorstellungen zu Flucht und Vertreibung: